

# **Einzug in den Stadtrat geschafft!**

(Von E. Noldus)

## **Wahlerfolg oder Minimalziel?**

Ja, es ist ein Wahlerfolg, denn der AfD-Kreisverband erreichte aus dem Stand heraus – zur Kommunalwahl 2014 war man nicht angetreten – 7,6% und lag damit auf Platz 5 der AfD-internen Rangliste in NRW hinter Gelsenkirchen (12,9%), Hagen (9,3%), Duisburg (9,3%), Herne (8,5%), aber vor Essen (7,5%), Mülheim /7,2%), Recklinghausen (7,1%) usw.

Vergleicht man diese Wahlergebnisse mit denen von früher (NRW und Bund 2017, EU 2019), zeigt sich auf lange Sicht ein klarer Zusammenhang: Je schwerwiegender die sozialen (!) Folgen der unkontrollierten Einwanderung sind, desto stärker ist die AfD!

Auch in Oberhausen selbst sieht man eine vergleichbare Tendenz: Die fünf besten AfD-Wahlbezirke bei der Ratswahl waren Lirich-Nord und -Süd (14,5% bzw. 10,8%), Borbeck (10,1%), Klosterhardt-Süd (9,5%) und Osterfeld-Mitte (9,3%).

Insgesamt hat der Kreisverband Oberhausen unter drei verschiedenen Kreisvorständen (verschieden auch im Hinblick auf die innerparteiliche Selbstverortung) seine relative Spitzenstellung in NRW zwischen 2017 und 2020 stets neu bestätigt. Die absoluten Stimmenanteile sind im Vergleich zu den Wahlen von 2017 und 2019 allerdings im Einklang mit dem Trend des AfD-Landesverbandes NRW zurückgegangen.

## **Die zukünftigen Herausforderungen**

Es ziehen vier AfD-Vertreter in den Stadtrat ein und bilden somit eine Fraktion im Sinne der Gemeindeordnung. Damit besitzt der Kreisverband im vollen Umfang die gesetzlich möglichen Handlungsspielräume bei der politischen Arbeit im Stadtrat.

Der Kreisverband wird in Zukunft vor zwei großen Herausforderungen stehen: Erstens die Herausbildung und Wahrung einer organisatorischen Einheit mit der Fraktion. Das bedeutet nach innen mehr Aufwand und Doppelbelastungen für die drei Vorstandsmitglieder, die zugleich der Fraktion angehören. Inwieweit es gelingt, aus dem Kreisverband selbst Mitglieder zu gewinnen, welche vermehrt Aufgaben übernehmen, bleibt abzuwarten.

Zweitens bedeutet der Wahlerfolg eine besondere Verantwortung gegenüber den Wählern, die uns ihr Vertrauen geschenkt und ihre Stimme gegeben haben. Aber es besteht auch eine Verantwortung gegenüber den Oberhausener Bürgern überhaupt, die ungeachtet der politischen Ausrichtung wie auch unsere Wähler ein Recht darauf haben, daß die zukünftige Fraktion gute Sacharbeit leistet.

Mit Hartmut Mumm, Erich Noldus, Wolfgang Kempkes und Jörg Lange besteht die Fraktion aus Personen, die sich bereits gut kennen und bisher stets harmonisch und sachorientiert zusammengearbeitet haben. Zumindest diese Voraussetzungen für eine ordentliche Arbeit im Stadtrat sind also gegeben. B. Mumm und J. Both auf den Plätzen 5 und 6 haben es leider nicht geschafft.

## **Nur das Minimalziel erreicht?**

Allerdings ist auch die eingangs angedeutete Frage, ob nicht doch nur ein Minimalziel erreicht wurde, vollauf berechtigt. Bei der Bundestagswahl 2017 beispielsweise erzielte die AfD in Oberhausen stolze 13,1% und bestätigte dieses Ergebnis 2019 (EU-Wahl) mit 12,9%. Daran gemessen, ist also das jetzige Abschneiden mäßig bis schlecht zu nennen?!

Die Antwort hängt von dem eingenommenen Blickwinkel ab. Der rein statistische Befund würde für ganz NRW eine ähnliche Tendenz ergeben und die Schlußfolgerung nahelegen, die AfD sei gestoppt, mithin als politische Größe bereits so gut wie erledigt.

Dagegen ließe sich folgendes einwenden: In den oben genannten „AfD-Hochburgen“ sind zwei Kreisverbände (Oberhausen und Recklinghausen) heuer erstmals bei einer Kommunalwahl angetreten. Alle anderen waren bereits 2014 dabei; und alle acht Kreisverbände von den besten zehn haben ihr 2014er Ergebnis um einen Betrag im unteren einstelligen Bereich verbessert.

Diese Steigerung mutet wenig spektakulär an, läßt aber immerhin eine Schlußfolgerung zu: Überall dort, wo die Bürger Gelegenheit hatten, eine AfD-Fraktion oder einzelne AfD-Vertreter kommunalpolitisch zu begutachten, haben sie tendenziell positiv geurteilt! Es wird also durchaus unspektakuläre Arbeit an der Basis wahrgenommen – Ansporn und Verpflichtung für die zukünftige AfD-Fraktion im Oberhausener Stadtrat.

## **Die Herausforderungen einer Kommunalwahl und die Medien**

Eine kritische Betrachtung darf sich nicht auf den schmeichelhaften Vergleich mit der Kommunalwahl 2014 beschränken, sondern muß sich den Tatsachen stellen, die einen durchschlagenden Erfolg in Oberhausen verhindert haben.

Die Wahlkämpfe auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene wurden jeweils von einem kleinen Team, gruppiert um einen Kandidaten, geführt. Die große Mehrheit der Parteimitglieder blieb davon relativ unberührt. Bei Kommunalwahlen geht es aber nicht nur um ein, sondern um Dutzende Mandate. Allein 29 Wahlbezirke sind mit jeweils einem Direktkandidaten zu besetzen; ohne diesen würde eine Partei in dem betreffenden Wahlbezirk nicht wählbar sein. Daraus ergibt sich bei mitglieder-schwachen Parteien oder Vereinigungen der Zwang, einen relativ großen Anteil ihrer Mitglieder in der einen oder anderen Form zu aktivieren, wobei sie schnell an ihre Grenzen stoßen.

Ein AfD-spezifisches Problem ist mindestens seit dem Wechsel im Parteivorsitz von Lucke zu Petry im Jahre 2015 eine durchweg negative Berichterstattung der Leitmedien. Diese parteipolitisch gebundenen und/oder staatlich zwangsfinanzierten Meinungsführer befleißigen sich eines „verleumdenden Journalismus“ (Werner Patzelt), der bisweilen auch vor offenkundigen Lügen nicht zurückschreckt. Gendarstellungen werden nicht gebracht und die böswilligen Artikel hinter einer Bezahlschranke versteckt, so daß sich niemand ein eigenes Bild von dem Qualitätsjournalismus beispielsweise der Marke „WAZ Lokalredaktion“ machen kann.

Parallel dazu verschweigt man das Ausmaß der gegen die AfD-Mitglieder gerichteten politisch motivierten Gewalt planmäßig. Jedes AfD-Mitglied in Deutschland kann dieses Verschweigen oder Bagatellisieren aus eigener Anschauung bestätigen. „Bagatellisieren“ heißt in diesem Falle, daß die Opfer linksextremer Gewalttäter regelmäßig beschuldigt werden, durch ihr politisches Wirken diese

Gewalt geradezu heraufbeschworen zu haben. Beispielhaft haben wir Anfang 2019 die Berichterstattung einer allgemein für qualitativ führend gehaltenen Zeitung herausgegriffen, um in „Der Fall Magnitz – oder: Wird die FAZ niveaulos?“ einige Manipulationstechniken aufzuzeigen:

<https://afd-oberhausen.de/aktuelles/aus-deutschland/2019/01/der-fall-magnitz...ie-faz-niveaulos/>

Was die FDP nach der Thüringen-Wahl im Februar 2020 punktuell erlebte, ist für die AfD seit 2015 eine alltägliche Erfahrung. In dem Artikel „Politische Gewalt in der Statistik“ vom 24. 2. 2020

<https://afd-oberhausen.de/aktuelles/2020/02/politische-gewalt-in-der-statistik/>

haben wir nachgewiesen, daß AfD-Mitglieder gegenüber Mitgliedern anderer Parteien ein achtmal höheres Risiko tragen, Opfer politisch motivierter Kriminalität zu werden.

Die massive Diffamierung einzelner Personen, das Ausmaß der gegen die AfD ausgeübte und „zivilgesellschaftlich“ tolerierte Gewalt hielt und hält politisch interessierte Bürger davon ab, sich stärker in der AfD zu engagieren, sobald zwangsläufig der Schritt in die Öffentlichkeit erfolgen muß. Bei selbständigen Geschäftsleuten hört man immer wieder die – gerechtfertigt oder nicht – Befürchtung, durch die offen erkennbare AfD-Mitgliedschaft sich geschäftlich zu ruinieren.

Gerade im Bereich der Kommunalpolitik ist die dadurch bedingte „Unsichtbarkeit“ der meisten AfD-Kandidaten ein großes Manko. Angesichts der geringen Wahlbeteiligung im Verein mit der Kleinteiligkeit der Wahlbezirke entscheiden oft wenige Dutzend Stimmen für oder gegen ein Direktmandat. Diese „Unsichtbarkeit“ bedeutet praktisch eine massive Beeinträchtigung im Wahlkampf und einen enormen Vorteil für die etablierten Parteien. Aus dieser extrem ungünstigen Ausgangssituation heraus hat die AfD Oberhausen aus unserer Sicht besser nicht abschneiden können.

Die Corona-Krise hat den Kreisverband wegen seiner noch unterentwickelten Strukturen (eine Folge der fehlenden kommunalpolitischen Verankerung) härter getroffen als andere – kleinere Vereinigungen vielleicht ausgenommen. Der Wahlkampf kam nur spät und schleppend in Gang. Zudem haben die eingeschränkten Ressourcen den Handlungsspielraum dabei merklich eingeschränkt.

## **Überwundene Probleme**

Ein anderes Problem ist bzw. war gewissermaßen hausgemacht. Innerhalb des Kreisverbandes hatte eine kleine, aber lautstark agierende Gruppe gegen den amtierenden Vorstand gewirkt. Die beiden führenden Exponenten dieser Gruppe, welche seriöse Politik und Facebook-Polemik nicht auseinanderhalten konnte, haben inzwischen die AfD verlassen und sind dort gelandet, wo sie hingehören: im Abseits. Ungeachtet dessen versuchen linke Randgruppen in ihrer primitiven Propaganda der Öffentlichkeit weiszumachen, daß diese Personen nach wie vor – wenn auch irgendwie nur verdeckt – zur AfD gehörten. Das Ziel dieser Desinformationskampagne ist klar: es soll der Kreisverband mit diesem haltlosen Abenteuererturn in Verbindung gebracht und damit diskreditiert werden.

Die Beleidigungen jetziger Vorstandsmitglieder in einer Weise, wie man sie sonst nur aus dem linksextremen Spektrum vernimmt, mag den einen oder anderen AfD-geneigten Wähler zur Wahlenthaltung veranlaßt haben. Größer noch ist der angerichtete Schaden durch den Nebeneffekt einer Berichterstattung in den örtlichen Medien, welche sich dankbar auf die öffentliche Selbstdarstellung von ehemaligen AfD-Mitgliedern stützte.

Spätestens seit den Kandidatenwahlen für die Reserveliste (Stadtrat) und die Bezirksvertretungen ist für alle erkennbar, daß diese Probleme endgültig der Vergangenheit angehört. Den Schaden hat der Kreisverband allemal zu tragen; und sei es in der Form, daß ein fünftes Ratsmandat nur knapp verlorenging (welches die Hochrechnungen bis kurz vor der kompletten Auszählung noch ergeben hatte).

## **Fazit**

Was bleibt als Fazit? Das Wahlergebnis war, gemessen an den 2017 und 2019 erzielten Wahlergebnissen, ein relativer Mißerfolg, mit dem man „offiziell“ gerechnet hatte. Hoffnungen auf die Wiederholung der vergangenen Ergebnisse, so unbegründet sie auch als solche angesichts der Besonderheiten einer Kommunalwahl rational erkennbar waren, hatten sich – natürlich – nicht erfüllt.

Andererseits hat der Kreisverband trotz widrigster Umstände den sofortigen Einzug in den Stadtrat geschafft – und zwar in Fraktionsstärke! Das ist der größte Erfolg: Gewissermaßen von oben nach unten gewachsen, ist die AfD jetzt auf der kommunalen Ebene vertreten und hat sich damit alle Handlungsspielräume, die von Gesetzes wegen nur den Fraktionen zustehen, eröffnet. Das wird hoffentlich die Grundlage zukünftiger Erfolge bilden.